

## ÖKONOMISCHE MORAL

5 Anerkannte Volkswirtschaftslehrer füllen heutzutage Wirtschaftsseiten renommierter Zeitungen zunehmend mit Grundsatzartikeln, die eher wie moral- und staatsphilosophische Traktate anmuten, denn wie ökonomische Analysen. Nicht nur die Profession der Autoren und der Zeitungsteil, in dem sie zu Wort kommen, sondern die Argumente selber qualifizieren die Auslassungen allerdings als originäre und zeitgemäße Schöpfungen volkswirtschaftlichen Sachverstandes.

10 Zum Beweis eine Blütenlese aus der "Frankfurter Allgemeinen Zeitung". Vor vorschnellen Unterscheidungen dieses rechten Kampfblatts von der weltoffenen "Süddeutschen Zeitung" und anderen wird gewarnt. Ökonomen, wenn sie sich zu Tagesproblemen des Wirtschaftsaufschwungs, der Krisenbewältigung, des Staatshaushalts und anderem äußern, verzichten nie auf den Anspruch, praktische Handreichungen, brauchbare Verbesserungsvorschläge, unumgängliche Warnungen  
15 und auch noch die entsprechenden guten Begründungen für das alles zu liefern. Die aktuellen Stellungnahmen zeichnen sich dadurch aus, daß die guten Gründe in so allgemeinen philosophischen Grundkategorien wie der "Menschennatur", in ausgewalzten "anthropologischen" Theorien, in Grundsatzentscheidungen über die "Definition des Sozialstaats", in breitgetretenen Prinzipien über die "Notwendigkeiten einer sinnvollen Ordnung des Zusammenlebens" überhaupt aufgespürt und vorgestellt werden. Auf der anderen Seite kommen die daraus abgeleiteten Vorschläge auch  
20 gleich im Gewand von Grundsatzmaximen daher, die bei allen und jenseits aller konkreten tagespolitischen Entscheidungen von den Verantwortlichen zu beherzigen seien, wenn der Staat nicht sich, die Wirtschaft und eben die Ordnung überhaupt ruinieren wolle. Und dieses "Ruinieren" kommt ganz volkswirtschaftlich, haushaltsmäßig daher. Daß an den Finanzen (des  
25 Staates und des Kapitals) alles hängt, dieser Ausgangs- und Endpunkt der Argumentation, ist das Grunddogma und -interesse der politischen Ökonomen - das sie zu ihren Ausflügen ins Reich staatlicher Grundwerte und -tugenden beflügelt. Daß sie aber ziemlich umstandslos bei Fragen der Ethik, bei ganzen Tugendkatalogen rechten ökonomischen Verhaltens, von Herrschern und Beherrschten und überhaupt bei Diskursen über das Verhältnis von Staat und Volk landen, wenn  
30 sie dem politischen Ökonomieverwalter zur Hand gehen wollen, beweist ein Doppeltes: Erstens fällt Erfolg und Mißerfolg der Mehrung des nationalen Reichtums für sie mit der politischen Kunst der Beförderung des Geschäfts zusammen, die sie nach Kräften problematisieren. Zweitens besteht diese Kunst ihrer Auffassung nach im wesentlichen und insbesondere heute in der für  
35 besonders schwierig angesehenen und beständig beschworenen Aufgabe, das Volk an die notwendigen Prinzipien von Sparsamkeit zu gewöhnen. Die Ethik politischer Ökonomie, die sie zurechtdenken, löst sich deswegen auch regelmäßig in den Zwang des Staates auf, dem Volk keine andere Wahl zu lassen, als sich dem entsprechenden Tugendkatalog gemäß zu verhalten. Das ist ihr ganzer sachverständiger Ratschlag, den sie gar nicht oft und direkt genug geben und begründen können.

40 Die

## **Moral (1)**

besteht darin, den Zusammenhang von (ökonomischer) Moral und (politischer) Gewalt selber als ökonomisches Problem zu thematisieren. Unter dem Titel “Wirtschaft und Moral” erinnert sich da  
5 ein zeitgenössischer Vulgärökonom an Adam Smith und entdeckt an ihm zielsicher gar keinen ökonomischen Gedanken (geschweige denn ökonomische Fehler), sondern eben diese Fragestellung, wieweit die “menschliche Ordnung” auf den angeborenen Tugenden beruht und wieweit diese staatlicher Gewalt bedürfen und sie legitimieren:

10 “Bereits Adam Smith, den man als Entdecker jener *Regeln* bezeichnen kann, die kapitalistisches Wirtschaften so wirkungsvoll gemacht haben, hat vor 200 Jahren darauf hingewiesen, daß es einen unabdingbaren Zusammenhang von Wirtschaft und Moral geben muß. Der Mensch, der aufgrund seiner *angeborenen Eigenliebe* egoistisch handelt, werde darin zunächst durch sein *Mitgefühl und seine Sympathie für andere* im Zaum gehalten. Dadurch... werde er abgehalten, dem anderen Unrecht zuzufügen. Eine zweite Schranke bestehe in der freiwilligen Anerkennung von *Regeln* der Ethik und der  
15 Gerechtigkeit, welche die Menschen aus ihrer Erfahrung und Vernunft zu finden vermögen. Da diese Sperre auch *nicht ausreiche*, müsse ein System positiver Gesetze die Regeln der Gerechtigkeit erzwingen. Smith baut also sein System einer freien Wirtschaft, indem jeder seinem eigenen Wunsche nach mehr Wohlstand folgen und damit den Wohl-  
20 stand aller vermehren kann, auf ein System moralischer Regeln auf.” (Ernst Günter Vetter, *Wirtschaft und Moral*, Frankfurter Allgemeine Zeitung, 21.5.83)

In drei Schritten ist dieser Vulgarisierer Adam Smith’s also von der *freien* Wirtschaft, in der sich der “Egoismus” betätigt, über die notwendigen Tugenden, die für den höheren Zweck dieses Egoismus, das Allgemeinwohl, unbedingt *korrigierend hinzutreten* müssen, beim Staat, der die  
25 Allgemeinwohlprinzipien *gegen* das Wohlstandsstreben durchsetzen muß. Warum braucht und gibt es also einen Staat? Weil die Bürger ihn zur Einhaltung ihrer Regeln, an die sie sich nicht halten, an die sie sich aber halten müssen, wenn sie eigenen und allgemeinen Wohlstand fördern wollen, als Zwangsinstantz brauchen. Er wiederum weist sie immer wieder darauf hin, daß sie diesen Zwang zunächst mal selber an sich zu erledigen haben, ganz im Auftrag ihrer eigenen  
30 Natur.

Kaum formuliert jemand diese reaktionäre Dialektik von Menschennatur und Staatsnotwendigkeit, schon kommt das einem anderen schon wie ein ungebührliches Zugeständnis an den freien Willen der Untertanen vor. Monsieur Guy Kirsch, Betriebswirtschaftsprofessor aus Fribourg, räumt bei niemandem vorhandene Zweifel aus, daß auf Freiwilligkeit kein Verlaß ist -  
35 also auch keinesfalls sein darf.

“Solidarität” ist ja nichts anderes als “Ein Deckmantel kollektiven Zwangs” (Frankfurter Allgemeine Zeitung, 19.3.83). Öha! - sollte der Professor den Kern der Kohl- und Vogel-Reden aufgedeckt haben, wenn sie unter Beschwörung der Solidarität die widerspruchsslosen Opfer des Volkes einfordern für einen Staat, der mit “schweren Zeiten” zu kämpfen hat?! Er weist sogar  
40 darauf hin, daß heutzutage Solidarität nicht das banale “Tun wir uns zweckmäßigerweise zusammen, um was durchzusetzen” ist, sondern ein Charakteristikum der Untergebuterten, die sich *nicht* wehren:

“Es ist nämlich nicht von vornherein ausgeschlossen, daß die Beschwörung der Solidarität (durch die Politiker) im wesentlichen dazu führt, daß jene, die ein Opfer im Dienste anderer erbringen sollen, auf diese Weise lediglich um die Kraft ihres Protestes und ihres Widerstandes gebracht werden sollen.”

5 Na, na, Herr Professor, sind Sie denn etwa für Protest und Widerstand? Doch, Gott sei Dank, es geht weiter:

10 “Dies mag kurzfristig angehen; es ist aber zu erwarten, daß auf die Dauer die Rückbesinnung auf die unmittelbar eigenen Interessen wieder einsetzt und die schenkende Hingabe, den Verzicht zugunsten anderer als vielleicht schöne, doch irgendwie doch wirklichkeits- und weltfremde Geste erscheint und beendet wird. ... Auf Dauer” müssen die “wirklichkeits- und weltfremden Gesten” also *erzwungen* werden, denn “Solidarität als Prinzip der Gesellschaftspolitik erweist sich als Ausdruck einer unerfüllbaren Hoffnung”.

15 Nachdem Prof. Kirsch einfach mal unterschlagen hat, daß die Solidaritätsreden der Politiker noch allemal *Begleitmusik* zum stattfindenden Zwang sind; nachdem er dieser Halbwahrheit noch besondere Brisanz durch eine Lüge verliehen hat, nämlich daß sich der “Verteilungskampf verstärkt” und die “sozialen Spannungen zugenommen” hätten; nachdem er also eine extra-scharfe Diskrepanz zwischen gutmütigen Appellen der Politiker an die Menschlichkeit und dem bedrohlichen Zustand der Gesellschaft *konstruiert* hat - liegt die Umkehrung von “Solidarität” auf der Hand. *Zwang pur* muß her. Ein Professor, zuständig - so denkt man - für Kosten-

20 Nutzenrechnung des kapitalistischen Betriebes, traktiert also über die Beschränktheit menschlicher Gefühle, um solidaritätsduseligen Staatsmännern Weltfremdheit (= Menschenvertraulichkeit) vorwerfen zu können.

- Erstens können sie nicht alle anderen lieben, weil sie dumm sind:

25 “Als erstes ist darauf hinzuweisen, daß der Mensch ein intellektuell borniertes Wesen ist; er ist schlicht unfähig, mehr als eine beschränkte Menge (zündende Logik!) von Informationen aufzunehmen, zu verarbeiten und zu berücksichtigen; selbst wenn er es wollte, wäre er nicht in der Lage, die Lebens- und Wohlfahrtslagen aller jener in sein Kalkül aufzunehmen, die in einem Verband gegenseitiger solidarischer Verpflichtung untereinander verbunden sein müßten, wenn die Solidarität gesellschaftsweit als

30 Ordnungsprinzip Geltung haben soll.”

- Zweitens können sie nicht alle *lieben*, weil sie gemein sind:

“Weiter ist anzumerken, daß nicht nur der menschliche Verstand begrenzt ist, sondern auch das Herz des Menschen eng ist.”

35 Nur wenn sich der Staat offen dazu bekennt, daß er ein “Kollektiv” ist - und das wiederum ist ein “gefühlloses Wesen”; nur wenn er sich ganz nach den “Gesetzen von Macht und Gehorsam, von Herrschaft und Zustimmung, von Widerstand und Kontrolle, nicht aber nach den Normen des Mitleids und der Menschlichkeit” richtet; nur wenn er einsieht, daß “eine auf die Solidarität rekurrierende Politik kaum Erfolgsaussichten hat”; nur dann ist er ein wirklich *liberaler* Staat:

“... kann nicht übersehen werden, daß sich die Rede von der Solidarität in hohem Maße antiliberal auswirkt.”

Umgekehrt: Wenn sich der Staat daran erst einmal hält, dann, plötzlich, feiert die Solidarität Triumphe, daß es nur so kracht, dann nämlich ist der scheinheilige und zynische Gebrauch der Solidarität aus der Welt und sie kann ganz waldursprünglich wirken:

“Wo unter dem Druck der öffentlichen Meinung von Solidarität geredet werden muß... darf man sich nicht wundern, wenn der Zynismus zur Regel wird; er ist die private Seite öffentlicher Scheinheiligkeit. Weil die Solidarität dort, wo sie nicht möglich ist, erzwungen werden soll, verludert sie als Wert...”

Man kann es auch so sagen: Die mißbräuchliche Beschwörung der Solidarität verstärkt einen Mißstand, an dem unsere Gesellschaft ebenso leidet wie unter den auswuchernden Formen kollektiven Zwangs, nämlich die Schwierigkeit zu schenken und sich beschenken zu lassen.”

Die Vulgärökonomie, Abteilung politische Propaganda, Hauptdienststelle Moralphilosophie, besteht also darin, die harmonische Ergänzung von (egoistischem) Interesse und (solidarischem) Gefühl zu problematisieren und Widersprüche daran zu entdecken, um dann den Staat als Versöhner der widersprüchlichen Natur auftreten zu lassen. Der Witz ist aber, ihn an dieser menschenfreundlichen Aufgabe erst mal scheitern zu lassen, weil er zuviel dieser Freundlichkeit im Leibe habe, um dann messerscharf zu folgern, daß nur das ganz und gar “gefühllose Wesen”, das sich auf den Zwang und sonst nichts verläßt, diese Aufgabe meistern kann. Gewalt, die so tut, als sei sie moralischen Prinzipien verpflichtet, schadet der Macht, damit den Menschen - ist also *unmoralisch*. Auch so kann man den Uralt-Kalauer, daß der Mensch sich mit seinem Interesse nur schade, weswegen man es ihm in seinem eigenen Interesse verbieten müsse, aktuell darbieten.

## **Moral (2)**

heißt: Der Staat hat *sich* auf Leistungen und unerfüllbare Versprechungen verpflichtet, statt die Menschheit auf Anspruchslosigkeit festzulegen. Jahrelang haben die Traktatverfasser glatt übersehen - andererseits haben sie natürlich schon immer gemahnt -, daß Staat, Gesellschaft und schließlich jeder einzelne schon ewig auf der schiefen Bahn sind: *Staatsverschuldung*. Warum der Staat sie sich leistet, was eigentlich ihr *Maß* ist, warum sie plötzlich so unerträglich sein soll - wen interessiert's. *Daß* der Staat seine Verschuldung zu einem Problem *erklärt* hat, *daß* er nichts von seinen Einnahmen - seien es Steuern oder Kredite - ans gemeine Volk herausrücken will, genügt einem Staatsfanatiker vollauf als Grund. Ein Grund, der aber bebildet und verdolmetscht sein will - wofür beziehen denn Professoren und Journalisten ihre Kröten? Sie entdecken seltsame Charakteristika an ihm. Ein Wohltäter der Massen war er, und ohne Rücksicht auf sich, die Gesellschaft, die Wirtschaft und die Moral hat er seine “Leistungen” ausgedehnt:

5 “Das Polizeirecht anerkennt die begrenzte Hilfskapazität der öffentlichen Hand... Das staatliche Leistungsrecht hingegen durchbricht diesen Vorbehalt und billigt dem einzelnen vielfach individuelle Leistungsansprüche zu. Die Sozialhilfe, das Wohngeld, die Ausbildungsförderung oder Investitionsprogramme verpflichten den Staat grundsätzlich, das private Leistungsbegehren gegen den Staat zu erfüllen. Der Finanzstaat scheint unbegrenzt leistungsfähig.” (Paul Kirchhof, Prof. Dr., Spendabel auf Kosten der Zukunft, FAZ, 2.4.)

10 Ganz “ökonomisch” verwandelt der Professor den ,Staat in einen Dienstleistungsbetrieb, der sich z.B. bei der Polizei sehr wohl seiner knappen Mittel bewußt ist, aber ausgerechnet bei den Ansprüchen seiner Bürger jedes ökonomische Maß aus den Augen verloren und geradezu *sittenwidrig* den Leuten “Leistungen” nachgeworfen hat. Daß die Bürger diese “Leistungen” immer noch selbst bezahlt haben, braucht einen Professor der Volkswirtschaftslehre nicht zu bekümmern. Er denkt sich das ja nur aus, um - auch er ein Dialektiker von Gottes Gnaden - den angeblich menschenfreundlichen Staat quasi automatisch zu einer moralischen Ungeheuerlichkeit werden lassen zu können:

15 “Der Anspruch, stets vollständige Hilfe leisten zu wollen, läßt die Macht des Finanzstaates tendenziell bis ins Grenzenlose wachsen... Ein total hilfsfähiger Staat wäre aber ein totalitärer Staat, der den Bürger in seiner Bereitschaft zur Selbsthilfe ermüdet, ihn der eigenen finanziellen Planung und Risikobereitschaft entwöhnt.”

20 Dem “verwöhnten Bürger” entspricht der “totalitäre Finanzstaat”. Es liegt auf der Hand, daß es dem Bürger ja schießegal sein könnte, welche Form sein Staat annimmt, sollte er tatsächlich so verwöhnt sein. Dagegen hat der Professor das schlagende Argument auf Lager:

25 “Finanzier der Staatsschuld ist die Allgemeinheit der Steuerzahler, insbesondere auch der Schuldner von indirekten Steuern. Der Staatskredit erreicht deshalb langfristig einen sozialstaatsfeindlichen (Der Sozialstaat wird also auch gleich mitgerettet!) Verteilungseffekt.”

30 Jetzt plötzlich besteht die ganze “Verwöhntheit” darin, daß der anspruchsvolle Bürger nur umso mehr zur Kasse gebeten wird. Je mehr er den Staat behelligt, umso mehr wird er von dem behelligt - also soll er es doch gleich sein lassen. Das kann man auch ohne jeden Schein ökonomischer Begründung ausdrücken. Freiheit und Wohlstand sind *unverträglich*, auch wenn sich die Leute früher mal eingebildet haben, beides sei gleichberechtigt und Wohlstand ein “Wert”:

35 “Wohlstand breitete sich aus, und die Menschen waren geneigt, diese Explosion ökonomischer Fruchtbarkeit als ein Ergebnis der Freiheit und damit zugleich als einen moralischen Wert an sich zu sehen.... Aber: Wenn also den Bürgern wieder Entbehrungen und Einschränkungen abverlangt werden, taucht auch der Gedanke daran auf, daß andere Werte als die Maximierung des materiellen Genusses wesentlich für den Menschen sind.”

40 Das sagt ausgerechnet ein Ökonom, dem in Sachen Profit, Investition und Wirtschaftswachstum nie etwas anderes als materielle Notwendigkeiten einfallen. Die allergrößten “Entbehrungen und Einschränkungen” lösen schließlich sogar das zentrale Problem “unseres Wirtschaftens”:

“Der erste Weltkrieg mit seinem unvorstellbaren Einsatz aller Ressourcen reduzierte die Arbeitslosigkeit zum ersten Mal so gut wie vollständig... Erst der zweite Weltkrieg hat überall die Arbeitslosigkeit beseitigt...” (Wolfram Fischer, Prof. Dr., ‚Den Armen nicht das Brot nehmen‘, FAZ, 30.4.)

### 5 **Moral (3)**

für die Massen ist einfach: Sie haben sich der *Tugend des Aushaltens* zu befleißigen. Niemand beweist das schöner als die Polen:

10 “Gewiß wird sich auch in kommunistischen Systemen die Moral entfalten, vielleicht gerade dort. Doch es ist die Moral der Geknechteten, der Ausgebeuteten, eine Moral der Verzweiflung und des Aufstands. Die Polen geben ein leuchtendes Beispiel” (Vetter)

Einem deutschen Demokraten, freier Ausbeuter seines Staates, steht also die totale Unterwürfigkeit zu - darin beweist sich *hierzulande* das Menschengeschlecht. Auf daß die Polen es auch einmal so gut haben... Die Richtigkeit dieses Zusammenhangs von “Wirtschaft und Moral” beweist Frau Professor Noelle-Neumann *statistisch*. Unter der Überschrift “*Freude, Freiheitsgefühl und Produktivität*” gibt sie eine streng mathematische Ableitung der notwendigen Zusammengehörigkeit von Knechtsnatur und Staatserfolg:

20 “Die Ansprüche an die Arbeit haben sich verändert, die Arbeitsfreude ist geringer geworden, die Arbeitsmoral gesunken, in Deutschland sogar in einem unfaßbaren Ausmaß.” (FAZ, 14.5.)

Auf einem Symposium in den USA hat,sie nämlich gelernt, daß andere *Nationen* die “unsere” zu überflügeln drohen, weil deren Knechtsnaturen noch knechtischer seien:

25 “Die nächste Aussage umschreibt wohl das, was man eine gute Arbeitsmoral nennt: ‚Ich möchte immer mein Bestes geben, unabhängig davon, wieviel ich verdiene‘. Die Deutschen stimmten dem zu 25 Prozent zu, die Amerikaner zu 52 Prozent.”

Am *Vergleich der Staaten* zeigt sich, daß ein Mensch ganz unabhängig vom Verdienst *Freude an der Arbeit* zu haben hat. Nur so stellt sich nämlich die “Produktivität” ein, auf die der Staat als Nationalerfolg scharf ist; für den Bürger ist auch eine Belohnung vorgesehen, nämlich das “Freiheitsgefühl”... Natürlich handelt es sich um soziologischen Wissenschaftsunsinn, denn seit 30 wann macht sich die Ausbeutung an einem modernen Arbeitsplatz von der Arbeitsmoral abhängig, oder läßt sich gar ihre Produktivität davon vorschreiben. Aber ihre Botschaft hat die Elisabeth glasklar an den Mann gebracht: Das altmodische “Kraft durch Freude” übersetzt die Demokratie mit “Freude durch Arbeit”. Und hieß es früher “Arbeit macht frei”, so heißt es heute: “Freiheitsgefühl”.

### 35 **Fazit: Menschenwürde durch Staat**

Die allgemeine Fassung der trinitarischen Formel von Staat, Kapital und Ausbeutung lautet also: Des Menschen Glück ist dann fertig, wenn der Staat seine Bürger darin frei und gleich gemacht hat, daß er ihnen jeden Materialismus verbietet. Glück ist es, weil man in den Genuß des erst 40 dadurch wirklich moralischen Staates kommt, der sich ganz der Natur seiner Untertanen verpflichtet weiß. Auf diese letzte und entscheidende Charakterisierung des demokratischen Staates will keiner seiner bezahlten Sorgenhuber verzichten: Durfte man in früheren Zeiten für

Gott, Ehre, König und Vaterland seine Rübe hinhalten, so tut man es heutzutage ausschließlich und letztendlich für sich - als Mensch.